

Ressort: Politik

EU-Kommission will Konzerne zur Offenlegung von Steuerdeals verpflichten

Berlin, 09.12.2014, 18:00 Uhr

GDN - Die EU-Kommission erwägt offenbar, Unternehmen zur Offenlegung von individuellen Absprachen mit dem Fiskus von EU-Staaten zu zwingen. Man prüfe, ob man eine entsprechende Berichtspflicht gesetzlich vorschreiben könne, berichtet das "Handelsblatt" (Mittwochsausgabe) unter Berufung auf hochrangige EU-Kommissionskreise.

Konkret denke die Kommission an den jährlichen Geschäftsbericht der Unternehmen. Ausgelöst wurden die Überlegungen demnach durch den jüngsten Luxemburger Steuerskandal. Im November war bekannt geworden, dass das Großherzogtum zahlreiche Unternehmen mit steuerlichen Sonderdeals ins Land gelockt hatte. Die Affäre hatte den ehemaligen luxemburgischen Premier und jetzigen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker schwer belastet. Auch deshalb will Juncker nun entschieden gegen die sogenannten "tax rulings" vorgehen, schreibt das "Handelsblatt". So hatte er angekündigt, einen automatischen Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über die steuerlichen Sondervereinbarungen einzuführen. Die Berichtspflicht für die Unternehmen über Steuerdeals soll nun als zweite Initiative hinzukommen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-46078/eu-kommission-will-konzerne-zur-offenlegung-von-steuerdeals-verpflichten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619